

Dat Pöggskén

ZEITUNG DER GRÜNEN TELGTE & WESTBEVERN

*Guten Tag,
liebe Leserin
und lieber
Leser.*

Da ist es nun, das Weihnachtspöggskén 2017, und das in einer Zeit, die sich vielleicht so gar nicht nach Ruhe und Besinnlichkeit anfühlt. Die halbe Welt ist in Bewegung, gewohnte Gleichgewichte kommen ins Rutschen, alte Schemen von Gut und Böse lösen sich auf. Europa scheint zumindest auf dem Prüfstand zu stehen, und in der Situation kommt auch noch der Verdacht auf, dass alte Partner in Berlin nicht so lange brauchen, weil sie sich zieren, sondern weil es vielleicht auch nicht mehr passt. Viele reden von einem Riss in der Gesellschaft, und da sollen wir uns hinsetzen und Weihnachten feiern in Ruhe und Besinnlichkeit?

Ja genau! Denn der Riss liegt vielleicht nicht zwischen links und rechts oder oben und unten, sondern zwischen der Sicherheit des Altbekanntes und dem Aufbruch in eine neue Zeit. Und da hilft nur, das Alte und das Neue zu verbinden.

Kochen Sie sich also einen Tee, nehmen Sie sich ein paar Zimtkekse mit zum Ohrensessel und genießen Sie Ihr neues Pöggskén.

Wir wünschen Ihnen ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest mit einem Zimtkeks im Mund und der Zukunft im Kopf.

Ihre Pöggskénredaktion

Horrorshow Finanzausschuss



Auf eine harte Probe wurden die Vertreter*innen der GRÜNEN Fraktion in der Finanzausschusssitzung am 30. November gestellt, die geprägt war von Widersprüchen, nicht umsetzbaren Anträgen und Schönrechnerei.

So wurde der von der Verwaltung angenommene An-

satz für Einkünfte aus der Gewerbesteuer gemeinsam von CDU, FDP und SPD um eine Million Euro heraufgesetzt - hoffentlich halten sich die Betriebe an den Beschluss -, die Versuche der SPD, die Konzessionsabgabe der ETO Stadtwerke GmbH heraufzusetzen und Gewinne der Wirtschaftsbetriebe in

den Haushalt zu überführen scheiterten nach Erklärungen der Verwaltung. Knüppelhart trifft es das Bauamt: Obwohl allen bekannt ist, dass dort im kommenden Jahr gleich drei neue Mitarbeiter*innen eingearbeitet werden müssen - auch ein neuer Fachbereichsleiter - beschloss der Ausschuss eine

zusätzliche große Aufgabe, die Planung der Sanierung der Dreifachturnhalle am Schulzentrum, und verweigerte gleichzeitig eine von der Verwaltung dringend beantragte weitere halbe Stelle. Das wird ein harter Einstieg für den neuen Fachbereichsleiter. Defizite in den Arbeitsabläufen sind vorprogrammiert.

Schließlich wurden die Grundsteuern bis an den Rand der Haushaltssicherung herabgesetzt, was den Haushalt zum Lotteriespiel macht. Völlig unverständlich war dabei ein Antrag der SPD, die die Grundsteuern noch weiter absenken wollte und Telgte damit direkt in die Haushaltssicherung gebeamt hätte. Völlig rätselhaft, aber vermutlich hatten sie das gar

Fortsetzung auf Seite 3

Spielschiff Ahoi! Spielplatz auf der Emsinsel wird erneuert

Was wird aus dem alten Spielschiff und dem Spielplatz im Dämmert? Eine spannende Debatte gab es dazu im letzten Ausschuss für Jugend, Senioren, Sport und Soziales.

Der städtische Grüningenieur Ihno Gerdes stellte den Ausschussmitgliedern zunächst vor, was an dem Schiff gerade alles schon kaputt ist und aus Sicherheitsgründen bereits abgebaut werden musste.

Ernüchternd war, was selbst nach einer Renovierung für 15.000€ alles nicht mehr gespielt werden könnte. Neue DIN-Normen schränken die Möglichkeiten ziemlich ein.

Daher war sich der Ausschuss schnell einig, dass es

Fortsetzung auf Seite 2





Das Telgter Spielwrack

Spielschiff Ahoi!

Fortsetzung von Seite 1

besser sei, jetzt die Chance für eine neue Spielmöglichkeit an diesem Ort zu nutzen.

Eine erste Ideenskizze für das gesamte Gelände lag schon vor: Erhöhung des Geländes, damit es vor Hochwasser besser geschützt ist und eine deutliche Erweiterung der Spielplatzfläche mit Zugang zum Wasser.

Hier könnten Kinder sich am Matschspielplatz austoben, viele Kletterelemente an einem neuen, größeren Schiff ausprobieren, hinter Büschen verstecken und das besser zugängliche Gelände sicher erkunden.

Diskutiert wurde jedoch auch die Frage, ob die gegenüberliegende Fläche im Dümmert nicht mehr Platz

und Möglichkeiten bieten könnte. Die Verwaltung soll nun beide Varianten prüfen.

Uns Grünen ist vor allem wichtig, dass die Chance für einen neuen, wirklich attraktiven Spielplatz jetzt nicht vertan wird. Wir finden, ein solcher fehlt in Telgte unbedingt, vor allem mit interessanten Spielmöglichkeiten für ältere Kinder.

Und wir haben uns dafür ausgesprochen, dass bei der Planung Kinder unbedingt mitwirken müssen. (Der Spielplatz soll ja für sie sein und nicht für Erwachsene!).

Wir hoffen sehr, dass diese Idee nicht parteipolitischen Spielchen zum Opfer fällt. (Wer hatte nochmal Familienförderung im Wahlprogramm?)

Selbstverständlich gibt es das nicht zum Nulltarif – im Gegenteil: Ein guter Spielplatz kostet viel Geld, vermutlich 100.000-120.000€

Wir finden das gut investiert und haben in den Haushaltsberatungen beantragt, diese Summe auch bereitzustellen. Wir glauben, dass dieser neue Spielplatz von der Mehrheit der Telgter Bevölkerung gewünscht wird: Er wird hoffentlich ein attraktives Ausflugsziel für die Kinder der Stadt, ihre Besucher/innen und Touristen. Der Antrag wurde im Finanzausschuss beschlossen.

Text u. Bild: k.m.

Bürgerinitiative B51

Die Bürgerinitiative B 51 Telgte e.V. lädt alle interessierten Bürger und Bürgerinnen zu einer Informationsveranstaltung zum Thema **„4-spuriger Ausbau der B51 - Belastung oder Entlastung für Telgte?“** ein.

Datum: **19.12.2017**

Ort: **GasthausOsthues-Brandhove**

Uhrzeit: **19:30 Uhr**

Feuerwehr gut aufgestellt Entscheidung über Löschgruppe Raestrup vertagt

Die vom Rat verabschiedete Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes hat für die Feuerwehr in Telgte **einige Auswirkungen**.

Im Wesentlichen wurde beschlossen, den Standort Ritterstraße zeitnah aufzugeben, den Satellitenstandort an der Einenerstraße zunächst nicht zu realisieren und den Standort Westbevern baulich so zu ertüchtigen, dass deutlich mehr Platz zur Verfügung steht.

Diese Maßnahmen waren mehr oder weniger unstrittig. Die ebenfalls vorgeschlagene Auflösung der Löschgruppe Raestrup wurde nicht beschlossen, sondern eine Entscheidung auf Grünes Drängen hin in das Jahr 2018

verschoben.

Der Plan legt detailliert dar, dass in Raestrup sowohl in der Tages- als auch Nachtverfügbarkeit zu wenige Kameradinnen und Kameraden zur Verfügung stehen. Die



Einsatzfähigkeit wäre somit nicht gewährleistet.

Der Plan sieht vor, die aktiven Kameradinnen und Kameraden dem Löschzug Telgte zuzuordnen und den Brandschutz in Raestrup von Telgte und Milte aus zu gewährleisten.

Allerdings blieben in diesem Zusammenhang einige Fragen offen. Zum Beispiel ist die Einsatzbereitschaft in Milte nicht darstellbar gewesen. Ein Prüfauftrag der CDU, ein Fahrzeug ähnlich wie bei Winkhaus bei einem Raestruper Unternehmen zu stationieren, konnte ad hoc nicht beantwortet werden, und auch die Erreichbarkeit von Telgte unter Berücksichtigung der noch zu

bauenden Südtangente blieb leicht fraglich.

Daher wird sich der Hauptausschuss im Frühjahr 2018 erneut mit dem Feuerwehrstandort in Raestrup beschäftigen und zu einer abschließenden Entscheidung kommen.

m.h.



Die Gaststätte mit großem Biergarten direkt am Emsauenweg!

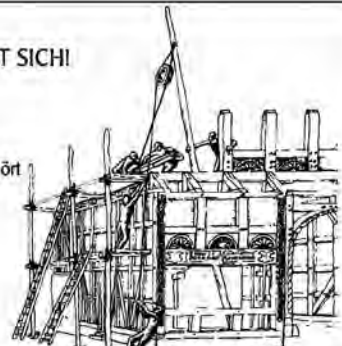
Inh. Fam. Brandes
Emsstraße 25 – Tel. 02504/6600
oder 01 71/6 92 34 90

Kaminzimmer
bis 30 Personen
Di.-Fr. 17.00-1.00 Uhr
Sonn- + feiertags
ab 11.00 Uhr
Frühshoppen
Montag Ruhetag

ALTES ZU ERHALTEN LOHNT SICH!

Wir restaurieren für Sie:
Fachwerk, Gauben, Dachstühle
Alles was zu einem betagten Haus gehört

Wir bauen und entwerfen für Sie:
Gartenhäuser, Pergolas, Verandas,
und vieles mehr. fragen Sie uns



Zimmererei • Restaurierung
KLAAS STIEGEMEIER - OEHLEN
Tel.: 02504 - 5959 in Telgte

Ihr Fahrrad-Spezialist in Telgte
Fahrräder 2017

GREENS - Westminster
3-Gang Nabendynamo



Kommen Sie zur Probefahrt – Wir beraten Sie gern und unverbindlich!

Service und Reparatur
Für uns selbstverständlich

Glas · Porzellan · Fahrräder

VOGT

48291 Telgte · Ritterstraße 47

Tel. 0 25 04 / 21 96 · Fax 0 25 04 / 77 377

Geänderte Geschäftszeiten
Di, Do + Fr 9.00- 13.00 Uhr
u. 14.30 - 17.00 Uhr
Mo + Mi 9.00 - 13.00 Uhr
Sa 9.00 - 12.00 Uhr

Neues zur Altstadt

Telgte wird Mitglied in der „Arbeitsgemeinschaft Historischer Stadtkerne NRW“

Wir in Telgte haben uns über die Jahrzehnte eine lebenswerte und gestalterisch qualitätsvolle Altstadt erhalten.

Abgesehen vom Baßfeld, haben wir immer noch einen intakten historischen Stadtgrundriss, und viele alte, stadtbildprägende Gebäude bestimmen das Erscheinungsbild der Stadt. Auch die neuen Gebäude fügen sich weitgehend in das Stadtbild ein.

Durch die Umbaumaßnahmen auf dem Markt und in der Kapellenstraße wird jetzt aktuell die Nutzbarkeit für mobilitätseingeschränkte Menschen deutlich erhöht. Der historische Charakter des Marktes, der Kapellenstraße und des Kirchenumfeldes bleibt dabei aber gewahrt. Die Grünen meinen, dass wir wirklich stolz auf unsere Altstadt sein können.

Der gleichen Meinung ist unser Bürgermeister, weil

er in Abstimmung mit dem Rat für Telgte die Aufnahme in die Arbeitsgemeinschaft Historischer Altstadtkerne beantragt hat.

In diese AG, zu der in unserer Nachbarschaft auch die Städte Warendorf, Tecklenburg und Steinfurt gehören, wird nicht jeder Altstadt kern aufgenommen. So ist im Oktober eine hochrangige Kommission mit Vertretern aus dem Bauministerium, dem LWL-Denkmalamt und verschiedenen Vertretern der bisherigen Mitgliedsstädten zur Begutachtung in Telgte gewesen. Wir Grüne sind sehr optimistisch, dass die Aufnahme möglich sein wird.

Eine Mitgliedschaft hätte für Telgte vielfältige Vorteile. Allein für den touristischen Effekt würde sich eine Beteiligung an diesem exklusiven Zirkel lohnen.

Darüber hinaus ist die Arbeitsgemeinschaft aber auch

eine wichtige Austauschplattform für fachliche Fragen der Bewahrung und Weiterentwicklung der historischen Stadtkerne, weil in vielen Städten ähnliche Fragestellungen zu lösen sind. So tauscht beispielsweise die Stadt Warendorf ebenfalls gerade ihr Pflaster auf dem Marktplatz aus. Da kann man voneinander lernen.

Auch erhoffen wir uns bei Maßnahmen in der Altstadt den erleichterten Zugang zu Fördermitteln des Landes NRW. Im Telgter Stadtentwicklungskonzept stehen noch einige Ideen, für die uns aktuell das Geld fehlt, wie etwa eine Neugestaltung der Grünflächen auf dem Dümmert und eine verbesserte Zugänglichkeit zur Ems.

Wir sind guten Mutes und warten jetzt täglich auf eine Zusage aus dem NRW-Ministerium für Heimat, Bauen, Gleichstellung und Kommunales.



Blick in die Kapellenstraße

Bild: b. d.

Horrorshow Finanzausschuss

Fortsetzung von Seite 1

nicht verstanden. Zum Glück waren sie damit aber auch die Einzigen und der Antrag wurde abgelehnt.

Selbstverständlich abgelehnt wurden fast alle Anträge der GRÜNEN Fraktion oder umgewandelt in Prüfaufträge ohne Finanzmittel. Besonders hart ist das

bei dem Antrag zum Insektenschutz, weil es dabei um nicht weniger als unsere Lebensgrundlagen geht. Aber das ist in den Köpfen wohl noch nicht angekommen und wird es vermutlich auch nicht rechtzeitig.

Erfolgreich war der Antrag von Katja Müller, mit dem die Finanzmittel für den

Neubau des Dümmertspielplatzes um 30.000 Euro aufgestockt wurden.

Insgesamt ein niederschmetterndes Ergebnis, das die GRÜNE Fraktion dann auch abgelehnt hat, mit dem sie aber gleichwohl im kommenden Jahr wird arbeiten müssen.

g.k.



Sabine Grohnert, Britta Sporket und Gerd Klünder



TELGTE

NEUE ANFÄNGERKURSE IM JANUAR
WWW.TANGO-TELGTE.DE

Tischlerei + Bodenlegebetrieb + Fachbetrieb Dämmtechnik

**Röwekamp
& Stumpe**





Tel.: 02582 / 66 88 23
www.roewekamp-stumpe.de

Zukunft ist, was wir draus machen

Standortbestimmung der GRÜNRN nach gescheiterten Sondierungen



Auch wenn überhaupt nicht klar war, wie und ob eine neue Bundesregierung gebildet werden kann, machte sich die GRÜNE Partei auf der Bundesdelegiertenkonferenz am 25. November in Berlin daran, den kurzen Ausflug nach Jamaica zu analysieren und eine Agen-

da für die kommenden Monate festzulegen.

Die Mitglieder der Verhandlungskommission schilderten plastisch die Gräben, die zu überwinden waren und häufig auch überwunden worden sind. Katrin Göhring-Eckart holte alle Verhandler*innen auf die

Bühne und beschrieb ihre Rollen, Themen und Schwierigkeiten. In der Bewertung brachte Toni Hofreiter es auf den Punkt: „Wenn uns die eine Seite vorwirft, wir wären überall eingeknickt, und die andere, das Ganze sei an unserer Sturheit gescheitert, dann können die Ergebnisse nicht so schlecht gewesen sein.“

Entsetzen zeigte sich in allen Beiträgen über das Verhalten der FDP, die in mehreren Positionen rechts von der CSU stand, die mit liberalen Werten, so in der Flüchtlingsfrage, bei den Bürgerrechten und in der Europapolitik, kaum zu vereinbaren waren. Jürgen Trittin bezeichnete den neuen Stil der FDP als den „Versuch mit Nationalliberalen Inhalten im rechten

Lager zu fischen“. Der Europaabgeordnete Sven Giegold spitzte das zu: „Lindners Politik ist eine Schande für den Liberalismus.“

Die Überleitung hin zu den kommenden Monaten gelang Renate Künast in einer superfrischen und aufrüttelnden Rede: „Es hängt mir wie Sauerkraut aus den Ohren und ich kann den Namen dieser Partei – Ihr wisst schon wer – auch nicht mehr hören. Lasst uns darüber reden, was die nächsten Monate bringen können, und wie wir darauf reagieren.“

Weitgehende Einigkeit bestand darin, dass Neuwahlen eine schlechte Lösung sind, weil es keinen Sinn macht, die Menschen mit einem weiteren Wahlkampf zu langweilen, nur um dann ein wahrschein-

lich nicht wesentlich anderes Ergebnis zu erhalten.

Kontrovers diskutiert aber ausdrücklich offen gehalten wurde eine schwarz-grüne Minderheitsregierung. Für die Option dämpfte allerdings wieder Toni Hofreiter die Erwartungen: „Eine überraschende Erkenntnis aus den Sondierungen war, dass Angela Merckels eigene Positionen in wichtigen Bereichen, so in der Europa- und der Klimapolitik, erschreckend weit von den unseren und der öffentlich vermuteten entfernt sind.“

Wichtige Beschlüsse lagen auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Berlin nicht an, dadurch blieb aber viel Raum für eine gründliche Standortbestimmung in der aktuellen Situation.

Text und Bild: g.k. und v.g.



Valeska Grap, Gerd Klünder, Hedwig Tarner, Delegierte des Kreisverbandes Warendorf mit Maria Klein-Schmeink MdB, 2. v. r.



800 Delegierte aus ganz Deutschland trafen sich in der Arena in Berlin.

Manche mögen's heiß

Eine Klimakonferenz und die Schicksalsfrage der Menschheit



Noch vor einem Jahr hielten Forscher eine Trendwende beim weltweiten Ausstoß von Kohlendioxid für möglich. Jetzt jedoch verzeichnet der Forscherverbund Global Carbon Project erstmals seit drei Jahren wieder ein Anstieg der globalen CO2-Emissionen.

Die UNO-Konferenz in Bonn hatte eine große Botschaft, verkündet durch die Fidschi-Inseln, die als Gastgeber nach Deutschland aus-

gewichen waren, da sie die 25.000 Teilnehmer auf ihrer Insel nicht aufnehmen konnten. „Uns steht das Wasser buchstäblich bis zum Hals. Es ist keine Zeit mehr, um ergebnislos zu reden! Handelt endlich!“

Deutschland als Co-Gastgeber überließ die Bühne Frankreichs Präsidenten Emmanuel Macron, der den Kohleausstieg und einen Mindestpreis für CO2 fordert.

Diese Forderungen bildeten einen krassen Gegensatz dazu, wie sich die deutsche Delegation präsentierte. Eine geschäftsführende Bundesregierung mit einer Bundeskanzlerin, die bei der Kohlefrage im Ungenauen blieb, hinterließ bei den Diplomaten der UNO-Vertragsstaaten schon einige Verwunderung.

Selbst die amerikanische Delegation, die sich in einem futuristischen Riesenzelt präsentierte, stand für das andere Amerika ein, das die von Barack Obama versprochenen Klimaschutzzusagen in Eigenleistung erbringen

will. Der durch Donald Trumps Ausstiegsankündigung von allen befürchtete Domino-Effekt ist nicht eingetreten.

Man könnte sogar meinen, dass der Geist von Paris beflügelt worden ist. Die Bonner Konferenz hat deutlich gezeigt, dass die UNO-Staaten nach der Einigung in Paris 2015 auf dem harten Boden der Realität der Klimaverhandlungen angekommen sind.

Die Konferenz hatte weder historische Beschlüsse noch politische Durchbrüche zu verkünden. Doch gilt sie als Maßstab für kommende

Klimagipfel. Abseits der Konferenzräume zeigten Länder, Unternehmen und Wissenschaftler, dass Maßnahmen zum Klimaschutz nicht nur Verzicht bedeuten, sondern auch riesige wirtschaftliche Möglichkeiten beinhalten.

Klar ist jedoch auch, dass das, was die Staaten bisher an Zusagen gemacht haben, nach Ansicht der Wissenschaft bei weitem nicht ausreicht, um die Folgen der Erderwärmung in Schach zu halten. Bei der nächsten Konferenz in Polen müssen Ziele verschärft und fi-

Fortsetzung auf Seite 5



Liebe Telgterinnen und Telgter,

wer lässt sich schon gern sagen, er lebe „über seine Verhältnisse“? Da ist man ja sofort in der Defensive und glaubt, sich rechtfertigen zu müssen.

Bezogen auf unseren Energieverbrauch und den Verbrauch an Rohstoffen stimmt die Aussage aber definitiv. Unter den Europäischen Staaten ist Deutschland die Nummer eins beim Stromverbrauch, im weltweiten Ranking belegt Deutschland den sechsten Platz.

Und was unseren Verbrauch an Rohstoffen angeht und die von Menschen erzeugten Abfallstoffe, liegt Deutschland im internationalen Vergleich ebenfalls in der traurigen Spitzengruppe. Würden alle Menschen der Erde diesen Lebensstandard und diese Verbräuche erreichen, würden dafür gleich drei Planeten benötigt.

Neben vielen anderen sinn-

vollen Maßnahmen bedarf es deshalb zum Umsteuern eines vernünftigen umweltbewussten Umgangs mit Wertstoffen, die wir ansonsten „weschmeißen“. Bei Altpapier und Glas klappt das in unserem Land schon seit Jahren hervorragend. Weniger erfolgreich sind wir beim Sammeln und Wiederverwerten von Metallen und Kunststoffen.

Unter dem Stichwort der „Wertstofftonne“ tut sich da gerade eine Möglichkeit auf, den Anteil der stofflich wiederverwertbaren Abfälle zu steigern – und damit die hinlänglich bekannten gelben Säcke abzulösen. Mit der Wertstofftonne wird die Abfalltrennung noch leichter und die Sammlung komfortabler und sauberer, die viel zu dünnen „Gelben Säcke“ könnten endlich der Vergangenheit angehören.

Zusätzlich zu den Kunst-

stoff-, Metall- und Verbundverpackungen, die über viele Jahre im „Gelben Sack“ gesammelt worden sind, können über die Wertstofftonne weitere Gegenstände aus Kunststoff und Metall entsorgt werden, z.B. der defekte Eimer oder die alte Metallschüssel – in die neue Wertstofftonne kommen alle Teile aus Kunststoff und Metall. Diese Regelung ist aus Sicht der stofflichen und energetischen Verwertung sinnvoll und ein weiterer wichtiger Schritt, den Ressourcenschutz und die nachhaltige Kreislaufwirtschaft auszubauen.

Hoffen wir, dass die erforderlichen Beschlüsse zur Einführung der Wertstofftonne in Telgte und in den anderen Städten und Gemeinden im Kreis Warendorf zustande kommen.

Ihr
wolfgang pieper

Manche mögens heiß!

Fortsetzung von Seite 4

nanzielle Ressourcen aufgefüllt werden.

Um Umwelt und Klima auch für kommende Generationen zu schützen, müsste der jährliche Pro-Kopf-Aus-

stoß an Kohlendioxid, das ist der Richtwert nach der deutschen Umwelthilfe (DUH) an den wir uns halten müssen, bei 2 Tonnen Kohlendioxid liegen. Im Durchschnitt erzeugt jeder Bundesbürger

pro Jahr aber 11 Tonnen Kohlendioxid.

Ein CO2-Rechner im Internet zeigt, wie jeder seine persönliche Klimabilanz verbessern kann. So kann jeder Einzelne im Bereich seiner

Möglichkeiten etwas tun, um die Klimaerwärmung zu stoppen.

Das weltweite Abschmelzen der Gletscher, des grönländischen Eisschildes, die Methanfreisetzung durch Auftauen der Permafrostgebiete und Kontinentalschelfe geht unaufhörlich weiter, ungeachtet der Diskussion unter Entscheidungsträgern und politisch Verantwortlichen!

Es wird kostbare Zeit verтан, die wir im Sinne von Generationengerechtigkeit

im Bezug auf die globale Klimaerwärmung nicht mehr haben. Im Interesse nachfolgender Generationen und anderer Völker, die schon jetzt Opfer des globalen Klimawandels sind, sollten sich alle Beteiligten ihrer Verantwortung bewusst werden.

Es handelt sich hier um die Schicksalsfrage der Menschheit.

v.g.



VoRWEg baggern. Proteste während der Klimakonferenz gegen den Braunkohleabbau.

Bild: Ende-Gelände

Möbel für
Anspruchsvolle

Innenausbau
Bau- und
Möbeltischlerei

Andreas Fiege

Beratung • Planung • Fertigung • Montage

<ul style="list-style-type: none"> Exklusiver Innenausbau Einbaumöbel Fenster und Türen Massivholzmöbel 	<ul style="list-style-type: none"> Küchen- und Badmöbel Schiebetürsysteme Restaurierung Sonderanfertigungen
---	---

Berdel 30 • 48291 Telgte
☎ 0 25 04/71 42 • Fax 0 25 04/7 27 89

Grüne Anträge zur Finanzausschusssitzung

Anpassung der Abfallgebühren – Kosten sachgerecht umlegen.

Seit Jahren versucht die Fraktion der GRÜNEN, die Gebühren für Mülltonnen konsequenter der Müllmenge anzupassen, um zu verhindern, dass Leute mit kleinen Mülltonnen diejenigen mit großen subventionieren und gleichzeitig den Anreiz zum Müll Sparen zu verbessern.

Nachdem das ebenfalls jahrelang keine Mehrheit im Finanzausschuss gefunden hat, haben wir die Kalkulation und ihre Grundlagen Schritt für Schritt nachvollzogen und sind dabei auf eine systemische Ungerechtigkeit gestoßen:

Die Abfallwirtschaftsgesellschaft (AWG) des Kreises erhebt nämlich, neben den Gebühren für jede Tonne Müll, einen Sockelbetrag für den Betrieb der Deponie und legt diesen nach der Einwohner*innenzahl auf die Städte und Gemeinden um. Das macht für Telgte 239.000 Euro aus. Dieser Sockelbetrag geht bisher zu 70 Prozent über die Restmüllmenge in die Gebühren ein, die restlichen 30 Prozent wird auf die „Einzelkosten“, auf jede einzelne Mülltonne also verteilt. Diese 30 Prozent auf die Einzelkosten sind aber kaum zu begründen, weil die Tatsache, dass eine Wohneinheit eine Mülltonne hat, gar nichts über die Zahl der Personen aussagt, die ihren Müll über diese Tonne entsorgen. Wohl aber die Größe der Mülltonne.

Wir haben deshalb beantragt, den gesamten Sockelbetrag auf die Müllmenge, also nach Tonnengröße gestaffelt zu verteilen. Im Ergebnis verändern sich die Gebühren für die kleinen Restmülltonnen, 60 und 90 Liter, um 1,50 Euro nach unten und nach oben, die 120 l – Tonne wird 4 Euro teurer, die 120er 15 Euro. Für Biotonnen sinken die Gebühren für alle Tonnen um 7 Euro.

Spürbar teurer wird es für die Restmüllcontainer mit den Schiebekappen, die 1100

l fassen und von Gewerbebetrieben und ganz großen Häusern genutzt werden. Diese Gebühren erhöhen sich bei 14-tägiger Abfahrt um 110 und bei wöchentlicher Abfahrt um 220 Euro pro Jahr. Das finden wir auch nicht schön, gleichwohl aber gerecht, weil ansonsten – im Extremfall – die alleinstehende Rentnerin den Müll von Gewerbebetrieben und Hochhäusern mit finanziert, was noch weniger schön ist.

ABGELEHNT

Spätzug ab Münster um 23.17 Uhr

Die Grüne Fraktion hat einen zusätzlichen Zug um 23.17 Uhr beantragt, damit man/frau wenigstens in Münster ins Kino oder ins Theater gehen kann. Das ÖPNV-Angebot muss konsequent erweitert und verbessert werden, weil die vielen Autos sowohl ein Verkehrs- als auch ein Umweltproblem machen. Für einen Abend in Münster bleibt aber bisher gar nicht übrig als das Auto und das wollen wir verändern.

Dem müssten dann auch Warendorf und Beelen zustimmen, weil der Zug sinnvollerweise nicht nur bis Telgte fahren würde und entsprechend auch Kosten auf die beiden Städte zukommen. Für Telgte haben wir die Kosten auf ~~10.000~~ Euro pro Jahr geschätzt und diese in den Haushalt beantragt.

→ ohne Finanzmittel
ANGENOMMEN

Änderung der OGS-Beiträge für Familien mit geringem Einkommen oder staatlicher Unterstützung.

Die Elternbeiträge für die Betreuung der „Offenen Ganztagschule“ werden nach Einkommen gestaffelt erhoben. In der ersten Einkommensstufe, bis 25.000 Euro pro Jahr, müssen bisher 35 Euro pro Monat gezahlt werden. Das betrifft also Familien mit geringem Einkommen und Hartz VI-Empfänger*innen mit Kindern, sicherlich auch viele Alleinerziehende, die besonders auf die Betreuung angewiesen sind und denen die Gebühr spürbar weh tut. Die GRÜNE Fraktion hat beantragt, den Elternbeitrag für diese Staffel auf 15 Euro zu setzen und dafür zusätzliche 15.000 Euro in den Haushalt einzustellen. Ganz umsonst machen wollten wir das nicht, damit die Leute ihre Kinder nur dann anmelden, wenn sie das auch brauchen.

ABGELEHNT

2.000 Euro für eine Sprayer*innenfläche hinter der Mühle.

Sprayer*innen werden üblicherweise nur als Rüpel betrachtet, weil sie mit ihrem Hobby fast immer Häuserwände oder Ähnliches – juristisch gesehen – beschädigen und das ganz und gar nicht zur Freude der Besitzer*innen. Einige mögen dabei ja auch den Reiz im Verbotenen finden, es gibt aber sicherlich auch viele, die vor allem künstlerisch tätig sein und das auch öffentlich sichtbar machen wollen.

Die GRÜNE Fraktion hat deshalb 2.000 Euro beantragt, um eine Sprayfläche hinter der Mühle zu installieren, die möglichst auch aus dem Dümmert sichtbar sein soll.

Damit kann die Stadt Sprayer*innen Raum für ihre Kunst und vielen bisher geschädigten Hausbesitzer*innen etwas Ruhe verschaffen.

Hydraulische Poller für Fußgängerzonen

Sehr beliebt sind unsere Fußgängerzonen, Emsstraße und Steinstraße, und leider nicht nur bei den Fußgänger*innen, auch Autos fahren da ständig durch. Das entspricht zum einen nicht dem Sinn, zum anderen wird auch durchaus gedrängelt und schnell gefahren. Die Stadt kann da selber nichts gegen unternehmen, weil sie nur für den „stehenden Verkehr“ - Falschparker*innen – zuständig ist und die Polizei hat nicht genügend Personal, um dort regelmäßig zu kontrollieren.

Die GRÜNE Fraktion hat deshalb 10.000 Euro für zwei versenkbare Poller beantragt, die auf Alarmfahrzeuge automatisch reagieren und vom Lieferverkehr per Fernbedienung abgesenkt werden können. Wenn wir Fußgängerzonen ausweisen, sollten wir auch dafür sorgen, dass sie welche sind.

ABGELEHNT

Digitale Busanzeigen für die Haupthaltestellen in Telgte

Leute, die regelmäßig mit dem Bus fahren kennen das: Der Bus ist seit fünf Minuten überfällig und jetzt weiß Keine*r, was eigentlich los ist. Kommt der Bus noch und wann oder fällt er vielleicht aus oder ist er vielleicht zu früh da gewesen? Abhilfe schaffen da Anzeigetafeln, die ihre Informationen von dem sowieso vorhandenen GPS-System der Busse erhalten und genau anzeigen, wann wer kommt.

Die GRÜNE Fraktion hat dafür 1.000 Euro beantragt, mit denen die Anzeigen zwar nicht bezahlt werden können, wohl aber der städtische Eigenanteil für Förderungen. Mindestens reicht das politische Signal, damit die Ver-

waltung sich schlau macht und rausbekommt, wie und für welchen Preis wir an solche Anzeigen kommen.

Mit einer weiteren Funktion werden die Fahrpläne auch auf Knopfdruck vorgelesen, so dass Barrierefreiheit für sehingeschränkte Menschen entsteht und für diejenigen, die die Fahrpläne aus anderen Gründen nicht lesen können.

PRÜFAUFTRAG

Kostenermittlung einer energetischen Sanierung des Jugendzentrums „Mühle“ und Einbau einer Brandmeldeanlage.

Seit Jahren sind dem Rat und der Verwaltung die Notwendigkeit zur Sanierung bekannt. Aufgrund der Haushaltslage sind bisher keine Maßnahmen in die Haushalte eingestellt worden. Das ändert jedoch nichts am Bedarf. Um einschätzen zu können, um welche Summen es hier geht und um ggf. entsprechende Förderanträge stellen zu können, halten wir es für sinnvoll, die Kosten zu ermitteln und für Eigenanteile der Stadt Geld in den Haushalt einzustellen.

Die GRÜNE Fraktion hat deshalb ~~50.000~~ Euro beantragt, die aber nur verwendet werden sollen, wenn die Sanierung gefördert wird und der Betrag für den Eigenanteil ausreicht.

PRÜFAUFTRAG

Insektenfreundliche Gestaltung städtischer Grünflächen und Randstreifen

Jede*r hat es inzwischen mitgekriegt: Die Masse der Insekten ist in den letzten Jahrzehnten rapide geschrumpft und langsam aber sicher sickert auch die Bedeu-

tung und die Gefahr, die von dieser Entwicklung ausgeht, ins öffentliche Bewusstsein. Insekten bestäuben nicht nur Pflanzen auf landwirtschaftlichen Flächen, sie sind auch unverzichtbar für die gesamte Natur. Es besteht durchaus kurzfristig die Gefahr, dass ganze Ökosysteme und damit letztendlich unsere eigenen Lebensgrundlagen zusammenbrechen. Höchste Zeit also, den Flächenverbrauch zu stoppen, den Einsatz von Giften in der Landwirtschaft so weit wie irgend möglich einzuschränken und Insekten zu unterstützen, wo es nur geht.

Die GRÜNE Fraktion hat deshalb beantragt, dass zusätzliche 20.000 Euro in den Haushalt eingestellt werden, um die städtischen Flächen entsprechend einzurichten.

Artenschutz ist Menschen-schutz!

zes veranschlagten 80.000 Euro für einen neuen großen Spielplatz nicht ausreichen, hat die GRÜNE Fraktion zusätzliche 40.000 Euro in den Haushalt beantragt.

So können die Anker gelichtet werden, wenn die Diskussion das ergibt!

ANGENOMMEN

Fachkraftstelle zur Jugendbeteiligung und Koordination der ehrenamtlichen Aktivitäten

Demokratie ist nicht angeboren, sie muss (immer wieder) durch konkrete Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten gelernt und eingeübt werden. Damit Kinder und Jugendliche sich als Bürger/innen dieser Stadt ernst genommen fühlen können, obwohl sie kein Wahlrecht haben, lernen können, ihre Interessen zu vertreten und in politische Entscheidungswege einzubringen und sich dadurch mit ihrer Stadt identifizieren, müssen sie echte Mitwirkungsmöglichkeiten haben.

Die GRÜNE Fraktion hat deswegen beantragt, dass eine Fachkraft eingestellt wird, die Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche nicht, wie bisher, punktuell, sondern durchgehend einrichtet und begleitet.

Ein zweites Tätigkeitsfeld soll die Unterstützung der im Kinder- und Jugendbereich ehrenamtlich tätigen Personen sein. Die wichtige Arbeit der Telgter Einrichtungen und Vereine könnte durch Koordination und Synergieeffekte sogar noch gestärkt werden.

„Familienfreundlich“ steht quasi auf allen unseren Fahnen, das bisherige Angebot für Kinder und Jugendliche wird dem aber leider nicht immer gerecht!

ABGELEHNT

Alternatives Spielplatzangebot im Dümmert

Sehr beliebt war lange Zeit das Schiff auf „Klein-Borkum“, inzwischen fehl aber der Schwingreifen und der darf aus Sicherheitsgründen auch nicht mehr angebracht werden und fast alle anderen Details - Rutschen, Schaukeln, Kletternetz - müssen von Grund auf überholt werden. Der richtige Zeitpunkt also darüber nachzudenken, ob nicht besser ein ganz neuer Spielplatz gebaut wird. Möglicherweise auch an anderer Stelle, weil Klein-Borkum oft überspült wird, der Spielplatz dann nicht genutzt werden kann, hinterher aufwendig gereinigt werden muss und die Fläche ja auch anderweitig attraktiv gestaltet ihre Vorzüge hätte. Fraktionsübergreifend diskutiert wird also ein alternativer Standort für einen neuen Spielplatz, auf jeden Fall aber im Dümmert und ausgelegt auf größere Kinder.

Da die bisher für die Instandsetzung des Spielplat-



Altstadtverkehr und kein Ende

Die verkehrliche Situation in der Altstadt ist nicht erst seit der zeitweisen Sperrung des Orkottens angespannt.

Subjektiv steigt nach Ansicht vieler AnwohnerInnen die Zahl der PKW, die täglich Voßhof, Grabenstraße oder sogar die Fußgängerzonen zum Durchqueren der Altstadt nutzen.

Unbefugte Durchgangsverkehre durch die Fußgängerzone gefährden Tag für Tag insbesondere Kinder und ältere Menschen, die sich hier aufhalten. Kontrollen durch die zuständige Kreispolizeibehörde finden nicht statt. Die Belastung der AnwohnerInnen nimmt immer mehr zu.

Die GRÜNE Fraktion hat deshalb einen Prüfauftrag eingebracht, der im Hauptausschuss auch beschlossen wurde. Geprüft werden soll, ob die Fahrtrichtung der Ritterstraße Abschnittsweise zwischen ehemaliger Feuerwehr und Bahnhofsstraße gedreht werden kann, was zu einer Entlastung von Voßhof und Grabenstraße führen könnte.

Wer Richtung Markt unterwegs ist, fährt künftig über die Ritterstraße, wer Richtung Bahnhof unterwegs ist nutzt Voßhof oder Grabenstraße. Eine Aufteilung der verkehrlichen Belastung könnte die Belastung reduzieren.

Allerdings darf die Belastung nicht einseitig verlagert werden. Geprüft werden soll daher auch, ob aus der Ritterstraße dann nur rechts Richtung Markt abgebogen werden darf.

Den Durchgangsverkehr in den Fußgängerzonen wollen wir mit versenkbaren Pollern verhindern. Den entsprechenden Antrag, die finanziellen Mittel im Haushalt bereitzustellen, haben wir zu den Haushaltsberatungen eingebracht. Der Antrag wurde im Finanzausschuss umgewandelt in einen Prüfauftrag ohne Finanzmittel, als solcher aber zumindest beschlossen.

m.h.

Unterschiedliche Wahrnehmungen: Die Arbeit mit geflüchteten Menschen

Was die Integrationsarbeit für geflüchtete Menschen im Kreis Warendorf angeht, gibt es unterschiedliche Wahrnehmungen. Die der Ausländerbehörde der Kreisverwaltung auf der einen, die der haupt- und ehrenamtlich tätigen Betreuer*innen auf der anderen Seite.

Unbestritten ist, dass die in der Verwaltung tätigen Angestellten viel für Asyl-Suchende leisten. Dass in den letzten zwei Jahren zunächst lange Wartezeiten entstanden, bis Geflüchtete identifiziert waren, und erst recht, bis sie ihren Aufenthaltsstatus geklärt hatten, verwundert niemanden. Mussten doch in Crashkursen mit dem Ausländerrecht vertraut gemachte Bürokräfte auf rechtliche und sprachliche Anforderungen reagieren, die sie bisher nicht kannten.

In der Sitzung des Finanzausschusses des Kreistages am 6. Oktober informierte die Personal- und Ordnungsdirektorin über die Arbeit der Ausländerbehörde, u. a. über die Zahl der im Kreis Warendorf lebenden Flüchtlinge. Im Entwurf zum Stellenplan 2018 hieß es: Etwa 800 Personen im Kreis seien ausreisepflichtig, weshalb vier neue Stellen für Rückführungen, zwei für die Registrierung und drei im Bereich „humanitärer Aufenthalt“ geplant würden. Derzeit seien 2950 Aufenthaltstitel zu verlängern; 1200 Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis lägen vor. In der Ausländerbehörde befinden sich von ursprünglich 40 Postbehältern immer noch 25 mit „Schriftstücken zu den in 2015/16 zugewiesenen Personen“. Auf die Frage der Grünen Fraktion, ob eine zusätzliche Einstellung zweier Mitarbeiter/innen in der Ausländerbehörde dazu beitragen könne, die Personalsituation zum Wohl der jetzigen Mitarbeiter/innen als auch der geflüchteten Menschen zu verbessern erhielten wir folgende Antwort:

„Die Ausländerbehörde wurde in den vergangenen Jahren massiv personell verstärkt. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Pünktlich werden in Kürze weitere Verstärkungen erfolgen. Ab dem 20.11.2017

Auf die Frage: Warum lassen sich einfache Verlängerungen nicht am Wohnort der im Kreis lebenden Flüchtlinge erledigen? Warum können Fingerabdrücke und andere biometrische Daten nicht einfach elek-

Rahmen der Möglichkeiten Rechnung getragen. So können Fiktionsbescheinigungen (Nachweise über die laufende Bearbeitung eines Antrages auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis) vor Ort in den Kommunen verlängert werden. Aus verfahrenstechnischen Gründen muss diese jedoch bei der ersten Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis durch die Ausländerbehörde bei persönlicher Vorsprache ausgestellt werden.[]

Sie erkennen an meinen Schilderungen, dass durch die bereits getroffenen, aber auch noch anstehenden, personellen Ergänzungen in der Ausländerbehörde schon jetzt eine deutliche Verbesserung erreicht werden konnte. Der Ausweitung des Stellenplans um zwei weitere Stellen bedarf es insofern nicht.

Der Kreisflüchtlingsrat verweist in einem Schreiben vom 28.9.2017 an den Landrat, das den Mitgliedern des Finanzausschusses vorlag, darauf, dass die persönlichen Sprechzeiten für Asylsuchende auf Dienstag und Donnerstag jeder Woche reduziert seien, dass am Mittwoch nur telefonische Beratungen durchgeführt würden. An einigen Tagen seien mehr als 200 Besucher/innen in der Ausländerbehörde gewesen. Wegen der Teilnahme zahlreicher Asylsuchender / geflüchteter Menschen an Sprachkursen solle an einem Wochentag die Sprechzeit bis

18 Uhr ausgedehnt werden. Die Personalknappheit habe dazu geführt, dass bereits ab zehn Uhr keine Sprechzeiten - Tickets mehr ausgegeben würden. Es fehle ein Informationsschalter, an dem Unterlagen abgegeben werden und Tickets für die Sachbearbeiter zielgerichtet ausgegeben werden könnten. - Eine andere Wahrnehmung.

Sicherlich leisten die 32 Mitarbeiter/innen der Ausländerbehörde gute Arbeit. Nehmen wir an, jeder von ihnen ist für 130 Personen zuständig, bleiben ca. 70 Minuten Arbeitszeit pro Flüchtling pro Monat. Nicht sehr viel, angesichts der vielschichtigen Fragestellungen und der sprachlichen Barrieren.

Berichte von ganztägigen Wartezeiten in der Ausländerbehörde des Kreises sind keine Einzelfälle, und das kann nur an der knappen Personaldecke liegen.

Tragische Ereignisse (dokumentiert in der ARD - Fernsehsendung „Panorama“ vom 5.10.2017) wie das Ertrinken der Angehörigen eines vor den Kriegsgräueln in Syrien geflüchteten Menschen, der mehr als ein dreiviertel Jahr auf die Erteilung eines Aufenthaltstitels wartete, der den legalen Nachzug ermöglicht hätte könnten u. U. im Einzelfall durch zügige Erledigung von Verwaltungsarbeiten vermieden werden. - Unterschiedliche Wahrnehmungen.

Text und Bilder: b.d.



wird eine weitere befristete Vollzeitkraft im Bereich der Registratur im humanitären Bereich tätig werden. Darüber hinaus steht bis zum Beginn des nächsten Jahres die Dienstaufnahme von zwei befristeten Vollzeitkräften an[]. Darüber hinaus ist auch eine zusätzliche Kraft für die Bewältigung der Familiennachzugsanträge vorgesehen. Das geschieht auch mit Blick auf die weiteren zu erwartenden Nachzugswünsche, die über die deutschen Vertretungen an die Ausländerbehörde gerichtet werden. [] Zu den von Ihnen angesprochenen Postbehältern kann ich Ihnen sagen, dass es sich im Frühjahr 2017 um ca. 40 randvolle Kisten gehandelt hat. Diese Anzahl ist nunmehr nahezu halbiert. []

tronisch übermittelt werden? lautet die Antwort: Der vom Kreisflüchtlingsrat gewünschte Möglichkeit der Ausstellung einfacher Verlängerungen durch die Kommunen haben wir bereits im



Ohne Auto mobil

Diskussion mit Thomas Lins, Vorsitzender des VCD im Münsterland

Veränderungen fangen im Kopf an – auch im Straßenverkehr.“ So Thomas Lins, Vorsitzender des umweltorientierten Verkehrsclub Deutschland (VCD) im Münsterland.

In seinem Vortrag bei der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN ging es um Hindernisse und Chancen auf dem Weg zu einer fahrrad- und fußgängerfreundlichen Stadt.

Für den VCD seien Staus auf den Zubringern und überfüllte Straßen in den Städten nicht unabwendbares Schicksal, sondern ein lösbares Problem. „Und zwar nicht durch immer neue Straßen“, so Lins; „die können wir uns angesichts des Flächenverbrauchs und der Klimaproblematik längst nicht mehr leisten!“

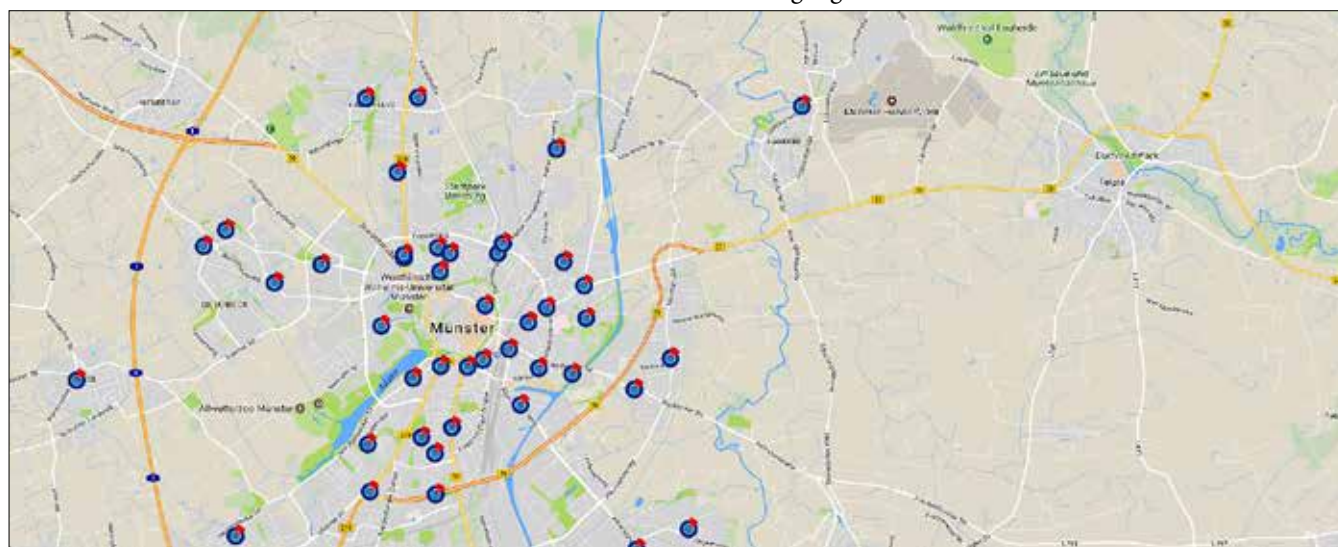
Vielmehr sei das Fahrrad das Verkehrsmittel der Zukunft: „Es ist emissionsfrei und fördert die Gesundheit!“ Vorstellungen, die die ungeteilte Zustimmung der Grünen Kreistagsfraktion fanden.

„Wir wünschen uns, dass der Ausbau von Radwegen, insbesondere im Rahmen der Erstellung von Velorouten im Kreis Warendorf zügig voranschreitet“, so Ursula Mindermann. „Innerorts können Fahrradstraßen at-

traktive Nebennetze abseits der Hauptverkehrsstraßen anbieten.“ Der Wille zu einer Förderung des Radverkehrs sei im Kreis Warendorf bei der Bevölkerung gegeben. Das habe die Online-Befragung der Bürgerinnen und Bürger im Kreis deutlich gemacht. „Damit haben wir eine gute Grundlage für unser politisches Handeln.“

Lins plädierte auch dafür, die Verpflichtung zur Nutzung separater Fahrradwege nur bei besonderer Gefährdung anzuwenden, um auf möglichst vielen Straßen in den Städten eine gemischte Nutzung der Fahrbahnen zu ermöglichen.

Er verwies darauf, dass die



Rechtsprechung inzwischen sage, die Anordnung einer Radwegbenutzungspflicht dürfe nur ausnahmsweise und nur zur Wahrung oder Erhöhung der Verkehrssicherheit erfolgen – so das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 18. November 2010 - und nicht, damit Autos unbehindert oder schneller fahren können. Insbesondere stelle der oft angeführte unfallverhütende Entmischungsgrundsatz keinen zwingenden Aspekt dar.

Wenn es in der Großstadt Kopenhagen, wo Radfahrerinnen und Radfahrer mit dem motorisierten Individualverkehr gleichberechtigt zahlreiche Straßen benutzen, gelungen ist, den Anteil von Radfahrerinnen und Radfahrern auf 50 % zu erhöhen

– Münster hat 38 % - was hindert uns daran, das auch hier verstärkt einzuführen?

Auf notwendige praktische Maßnahmen auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung im Straßenverkehr wies der Vorsitzende des VCD im Münsterland ebenfalls hin: „Parallel angeordnete Sperren auf Radwegen, die umfahren werden müssen, sollen Kinder vor herannahenden Autos schützen. Sie haben aber mit einem häufig sehr geringen Abstand voneinander eher Gefährdungspotenzial und erfüllen keine Schutzfunktion. Vielmehr muss ein Umdenken in der Verkehrserziehung erfolgen: Nicht ‚Achtung vor Autos!‘ soll primäre Leitlinie sein, sondern: ‚Autofahrer: Achtet auf Fußgänger und Radfah-



rer!“

Eine wünschenswerte gemeinsame Wegenutzung von Radfahrern und Fußgängern wird seitens Straßen NRW sowie der Landesentwicklungs- und Regionalplanung derzeit noch durch Anforderungen an Mindestbreiten erschwert. Die Mindestbreite für Radfahrwege liegt bei 1,50 m, die für eine gemischte Nutzung bei 2,50 m. Leider auch ein Hindernis für die finanzielle Förderung von Velorouten.

Es gibt viel zu tun.

b.d.

„Telgter Initiative für Frieden“

„Wenn viele kleine Leute an vielen kleinen Orten viele kleine Dinge tun, können sie

das Gesicht der Welt verändern“, sagt ein Sprichwort aus Afrika.



In diesem Sinne fragten sich letztes Jahr Anja Niedermeier, Christiane Spieker und Sandra Geßner, was sie zum Frieden in der Welt beitragen könnten – nämlich im Hier und Jetzt anzufangen, und gründeten die „Telgter Initiative für Frieden“. Man trifft sich an jedem 1. Freitag in Monat um 18 Uhr vor dem „Parlazzo“ in der Kapellenstraße, stellt Kerzen auf, redet miteinander, liest Texte und singt. Einfach so, zwanglos - den Gedanken Raum geben, eine Plattform bieten und sehen, was daraus entsteht.

So entstand die wunderschöne Idee, Gedanken und Ideen für ein friedliches Miteinander zu sammeln und für alle zugänglich zu machen. Ein Banner wurde entworfen und in Absprache mit der Stadtverwaltung an einem Bauzaun auf dem Marktplatz befestigt. (Inzwischen steht der Bauzaun an der Kapelle.) Ein Beutel mit wetterfesten Zetteln, ein Stift und Kabelbinder laden zum Beitragen ein - sei es ein Zitat, oder ein Gedankenanstoß wie „Was ist ansteckender als ein Lächeln?“ - aber auch durch Lesen der vielfäl-

tigen Beiträge kann Frieden ein Stück wachsen und sich verbreiten.

„Peace will come, let it begin with me“ - „Frieden wird kommen, lass ihn mit mir beginnen“ - sang Tom Paxton vor einigen Jahrzehnten.

Denn Frieden beginnt bei jedem selber, mit jeder Begegnung, in jeder neuen Situation wird er aufs Neue gefordert und darf gedeihen.

Elisabeth Jenders für die Telgter Initiative für Frieden



Wat war dat denn?

Einmal Sozialticket abschaffen und zurück

Nicht ganz so gut funktioniert hat die erste Maßnahme der neuen Landesregierung, die in der Öffentlichkeit wirklich wahrgenommen wurde. Geplant war, die Landeszuschüsse für das Sozialticket zu streichen, die den Landeshaushalt jährlich mit

40 Millionen Euro belasten und so 300.000 Harz IV- und Wohngeldempfänger*innen eine erschweringliche Mobilität per ÖPNV ermöglichen. Nach einer knappen Woche Aufregung - vor allem der Sozialverbände - nahm die Landesregierung das Vorha-

ben zurück. Verkehrsminister Wüst sagte, es sei unbestritten, dass Bedürftige auch in Zukunft zu fairen Preisen mobil sein müssen. Ach was! Gut dass er das gerade noch rechtzeitig gemerkt hat.

Trotzdem stellt sich die Frage, was das jetzt eigentlich

war. Hat der nette Herr Laschet gedacht, dass das keine*r merkt? Ein Testballon? Ein Signal an die eigene Klientel? Auf jeden Fall zeigt es, was für ein Mobilitätskonzept solchen Ideen zugrunde liegt und in welche Richtung die neue Politik gehen soll.

g.k.

Multiresistente Keime

Als „Multiresistente Keime“ werden Bakterien bezeichnet, deren Stämme Resistenzen gegen antibiotische Medikamente entwickelt haben.

Das geschieht, wenn Bakterien mit Antibiotika nicht vollständig bekämpft werden, so dass die resistentesten überleben und diese Eigenschaft an die nachfolgenden Generationen weitergeben. Ursache für das Problem ist der unvorsichtige Umgang mit Antibiotika in der Humanmedizin und der massenhafte Einsatz in der Landwirtschaft.



Resistenzen entstehen nicht nur durch inkonsequente Einnahmen, sondern auch dann, wenn Abfälle und Reste in die Umwelt gelangen. Jüngeren Untersuchungen zufolge sind multiresistente Keime mittlerweile

in vielen Oberflächengewässern nachweisbar.

Schätzungen zufolge sind etwa ein Drittel der Menschen in Deutschland Träger*innen dieser Keime. Gefährlich wird das bei Verletzungen und Operationen, bei denen die Keime in den Körper eindringen und Infektionen auslösen können.

Das Problem ist inzwischen soweit gereift, dass in Deutschland jährlich ca. 40.000 Menschen an diesen Infektionen sterben und Mediziner*innen davor warnen, dass das nur eine Momentaufnahme in einer dynamischen Entwicklung ist.

Positiv beeinflusst werden kann diese Entwicklung nur, indem der Einsatz von Antibiotika stark eingeschränkt wird. In der Humanmedizin durch strengere Indikationen und möglichst auch die Überwachung der konsequenten Einnahme und in der Landwirtschaft durch ein Verbot, bei der Erkrankung einzelner Tiere gleich ganze Gruppen oder gar Ställe zu behandeln.

g.k.

Chance zum Ausstieg vertan

Verkauf der RWE-Aktien findet keine Mehrheit

Knapp eine halbe Million Euro Verlust haben die RWE-Aktien der Stadt bisher beschert.

Denn betrachtet man die Wertentwicklung für die etwa 6000 Aktien, die die Stadt über ihre Wirtschaftsbetriebe hält, dann waren diese im Jahr 2007 noch 97 Euro/Stück wert und haben aktuell einen Gegenwert von etwa 20 Euro/Stück.

Natürlich sind Aktiengeschäfte spekulativ, und ein Risiko ist nie auszuschließen. Aber diese Zahl ist belastbar, da die Grünen im Jahr 2007 beantragt hatten, die

Aktien zu verkaufen. Auch zum Preis von 20 Euro/Stück wollten wir die Aktien verkaufen, da diese schon bei elf Euro/Stück standen und sich leicht erholen haben.

Warum eine kleine Kommune wie Telgte überhaupt Aktien haben muss, weiß auch niemand wirklich. Das Stimmrecht wurde auf kommunale Verbände übertragen, die Rendite in den letzten Jahren war gering und die Wertberichtigungen in den Bilanzen des Wirtschaftsbetriebes waren auch nicht positiv.

Warum sich der Hauptaus-

schuss also mit sieben gegen sechs Stimmen gegen einen Verkauf ausgesprochen hat kann nur gemutmaßt werden.

Die 120.000 Euro (abzüglich Kapitalertragssteuer) kämen dem städtischen Haushalt gerade Recht. Besonders interessant ist hier die Rolle der CDU, die mitteilte, in der schwach besuchten Fraktionssitzung hätte eine Mehrheit für den Verkauf der RWE Aktien gestimmt, dann aber mit fünf von sechs Anwesenden gegen einen Verkauf stimmte.

m.h.



Telgte: Stolz Mitbesitzerin am RWE Kernkraftwerk Emsland

Bild: Wikipedia

Artenschutz ist Menschenschutz

Vor einigen Monaten warbte die Nachricht durch die Medien: Langzeitstudien haben ergeben, dass die Gesamtmenge der Insekten in Deutschland in den letzten 25 Jahren um fast 80 Prozent abgenommen hat.

Verantwortlich gemacht werden der zunehmende Flächenverbrauch und der

Einsatz von Insektiziden in der Landwirtschaft. Je nach Perspektive werden unterschiedliche Probleme abgeleitet. So betrachtet das Landwirtschaftsministerium Insekten einzig als Bestäuber und macht sich Gedanken über die Ernteerträge.

Die sind natürlich wichtig, wenig thematisiert wird je-

doch die Auswirkung auf das gesamte Ökosystem, Artenschutz also. Und Artenschutz bezieht sich nicht nur auf Krabbeltiere, sondern auf alles, was an den Nahrungsketten hängt. Am Ende fast jeder Nahrungskette hängt der Mensch.

Auch wenn die Meisten mit dem Auto zum Discounter



fahren, um sich die Nahrung dort aus dem Regal zu holen, sollten wir nicht vergessen, dass wir nur von und mit einem intakten Ökosystem leben können. Der Mensch zählt zu den Arten, die direkt vom Artenschutz erhalten werden.

g.k.

Die unerkannte neue Dimension des Insektensterbens – Die Fernvergiftung

Von Axel Mayer, BUND Südlicher Oberrhein

Seit über einem Jahr machen der BUND und die Umweltbewegung auf das massive Insektensterben und das damit verbundene Vogelsterben aufmerksam.

Zwischenzeitlich ist das bedrohliche Thema endlich auch in den Medien und der Öffentlichkeit angekommen. Studien zeigen: „Die Biomasse der Insekten ist in Teilen Deutschlands in den vergangenen 27 Jahren um durchschnittlich 76 Prozent zurückgegangen.“

In der erfreulich breiten Debatte wird allerdings ein wichtiger Aspekt, die unerkannte neue Dimension des Insektensterbens, häufig übersehen. Das hat auch damit zu tun, dass alte Gewissheiten der Umweltbewegung jetzt ins Wanken kommen.

Jahrzehntelang haben wir sinnvollerweise Samentütchen mit den Samen einheimischer Blütenpflanzen verteilt, für naturnahe blühende Gärten und Ackerrandstreifen geworben. Das stimmt alles noch und ist doch, zumindest für die Insekten, falsch...

Wer heute das massive Insektensterben mit hübschen „Alibiotopen“ bekämpfen will, hat die Dimension des Problems nicht erkannt und fällt auf die neue, aggressive Krisenkommunikation der Agro-Chemielobby herein.

Glyphosat tötet die Ackerwildkräuter und entzieht dadurch Insekten auf riesigen Flächen die Nahrungsgrundlage. Die Tiere, die sich in die „Reservate“ der Ackerrandstreifen retten können, werden durch Neonicotinoide und andere Agrargifte getötet.

Die unerkannte neue Dimension des Insektensterbens ist die „Fernvergiftung“.

Einige Agrargifte wirken und giften durch den Ferneintrag auch über große Strecken. Beim BUND in Freiburg rufen immer mehr Menschen an und berichten, dass es in ihren schönen, blühenden Gärten immer weniger Schmetterlinge gibt. Das große Sterben der Insekten findet eben auch in naturna-

bunten Wiesen der Hochwasserdämme in der Aue sind vom Wald abgeschirmt und geschützt und darum immer noch Falter-reich. Im Kaiserstuhl haben sich einige Arten nur noch in den windgeschützten Tälern gehalten“

Der Bioland-Bundesverband beschreibt ein Beispiel für Fernvergiftung: „Eine

sektensterben gelten manche alten, bewährten Ratschläge nicht mehr.

Blühende Ackerrandstreifen an Äckern, die mit Neonicotinoiden behandelt werden, sind gut für die Blühpflanzen und das Bild der Landschaft, gleichzeitig aber tödlich für die Insekten.

Es gibt im Bereich der Fernvergiftung noch einen großen Forschungsbedarf, gleichzeitig aber auch einen aktuellen schnellen Handlungsbedarf.

Mit Neonicotinoiden, Glyphosat (Roundup) und anderen Giften und Herbiziden,

die (gemeinsam mit vielen anderen Ursachen) für das große Sterben verantwortlich sind, machen Konzerne wie Bayer, Monsanto und Syngenta satte Gewinne. Die Debatte um das Insektensterben gefährdet diese Gewinne massiv und darum laufen jetzt auch die Desinformationskampagnen an. Das Insektensterben lässt sich nicht mehr leugnen. Die jetzigen Kampagnen (auch für ackernahe Kleinbiotope) versuchen einfach nur, von

den tatsächlichen Ursachen und der notwendigen, echten Ursachenbekämpfung abzulenken. Sie dienen der Gefahrzeitverlängerung von Neonicotinoiden, Glyphosat und anderen Giften.

Die Umweltbewegung muss mit Vehemenz gegen Neonicotinoide und Glyphosat kämpfen, so wie wir das bei DDT schon einmal erfolgreich getan haben.

In einer zukünftigen, naturnäheren, ökologischeren Landwirtschaft mit weniger Giften nützen die „alten“ Samentütchen, naturnahen Gärten, Naturschutzgebiete und Ackerrandstreifen, die nicht mehr „fern- und nahvergiftet“ werden, auch wieder den Insekten, Vögeln und letztendlich auch den Menschen.

Gemeinsam mit vielen Landwirten, die eine großindustrielle Landwirtschaft ablehnen, müssen wir hier schnelle und giftärmere Lösungen suchen.

Axel Mayer, BUND-Geschäftsführer



Wohl bekomm's!

Bild: K.-U. Häßler

hen blühenden Gärten, auf Ackerrandstreifen und in großen Naturschutzgebieten statt.

Jörg-Uwe Meineke, Schmetterlingsexperte und ehemaliger Leiter des Referats für Naturschutz und Landschaftspflege im Regierungspräsidium Freiburg beschreibt das neue Phänomen: „Ich untersuche die Tag- und Nachtfalter in der Oberrheinebene seit 30 Jahren regelmäßig und sowohl die Artenzahlen als auch die Faltermengen gehen insgesamt stark zurück. Es fällt auf, dass auch Wiesen, die selbst nicht zerstört wurden, aber in der Agrarlandschaft unmittelbar den Randeinflüssen der gespritzten Kulturen ausgesetzt sind, nur noch von wandernden Faltern besucht werden. Wiesen im schützenden Wald sind oft noch nicht so betroffen. Die

Studie im Auftrag des Landesamts für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) Brandenburg brachte den Nachweis, dass die Unkrautvernichtungsmittel Pendimethalin und Prosulfocarb sehr weiträumig über thermische Luftbewegungen verbreitet werden. Die Gutachter sprechen von einer „unerwünscht weiträumigen und anhaltenden Verbreitung insbesondere von Pendimethalin“. Die festgestellte Belastung liegt 100- bis 1000-fach höher als die Grundbelastung in unbelasteten Referenzgebieten der Nord- und Ostsee.“

Auch Naturschutzverbänden und Umweltaktiven fällt es schwer,

Dinge, die jahrzehntelang zu Recht gesagt wurden, zu ändern, wenn sich neue Sachverhalte ergeben. Im Zusammenhang mit dem In-



Reisen mit:

- ✓ Fachpflege rund um die Uhr
- ✓ Mobilitätshilfe
- ✓ 1:1 Betreuung

Fordern Sie unseren Prospekt an oder informieren sich im Internet:

Urlaub & Pflege e.V.
Voßhof 10
48291 Telgte

Tel.: 02504 – 73 96 043

Mail: post@urlaub-und-pflege.de
Home: www.urlaub-und-pflege.de

Impressum

Zeitung der Grünen Telgte
Ratsfraktion & Ortsverband
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Auflage: 8.700 Stück
Anschrift: Peter Spieker
Waldweg 27
48291 Telgte
V.I.S.d.P.: Peter Spieker

Textbeiträge:
Bernhard Drestomark, Marian
Husmann, Gerd Klünder, Katja
Müller, Peter Spieker, Valeka
Grap, Udo Woltering



Gegen Leben aller Art hilft verlässlich Glyphosat

Bild: Global2000

Schmidtchen, schleich dich!

Landwirtschaftsminister verlängert Glyphosat im Alleingang

Viel Diskussion gab es um die Neuzulassung von Glyphosat auf EU-Ebene. Hintergrund ist eine unterschiedliche Einschätzung des Krebsrisikos.

Die internationale Behörde für Krebsforschung bezeichnet Glyphosat als „wahr-

scheinlich krebserregend“, die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit sieht solche Hinweise nicht. Letztere allerdings veröffentlicht nicht die Grundlage ihrer Beurteilung. Ihr wird vorgeworfen, sich in erster Linie auf Studien des Herstellers

Monsanto zu stützen. Restbestände von Glyphosat werden inzwischen in fast allen Lebensmitteln nachgewiesen, z. B. in Bier, Milch und Getreide.

Nachdem das Europäische Parlament sich mit knapper Mehrheit für ein Verbot aus-

gesprochen hatte, verlängerte der Fachausschuss jetzt die Zulassung für zunächst fünf Jahre. In einer ersten Abstimmung Ende September hatte Deutschland sich noch enthalten, wodurch keine Entscheidung zustande kam. Jetzt stimmte der Vertreter

des deutschen Landwirtschaftsministers Schmidt (CSU) dafür und sorgte so für die Verlängerung und das gegen das ausdrückliche Votum der Umweltministerin Hendricks (SPD). Guten Appetit!

g.k.

Ein Platz an der Sonne

Photovoltaik bei Planung von Baugebieten mitdenken

Ein wichtiger Baustein der Energiewende ist die Nutzung von Sonnenenergie durch Photovoltaik - also der Umwandlung von Lichtenergie in elektrische Energie.

Die Photovoltaik unterscheidet sich von den anderen Arten regenerativer Energiegewinnung, dass die einzelnen Anlagen dezentral aufgestellt werden können und keine sehr hohen Investitionen erfordern. Somit ist die Photovoltaik eine besonders demokratische Form der Sonnenenergienutzung.

Auch sind in den letzten Jahren die Modulpreise stark gesunken, und der Wirkungsgrad der Anlagen hat sich soweit verbessert, dass insbesondere die Eigennut-

zung in privaten Haushalten ohne Förderung wirtschaftlich sinnvoll ist.

Der Wirkungsgrad einer Photovoltaikanlage - und damit ihre ökologische und ökonomische Rentabilität - hängt aber ganz entscheidend vom geographischen Standort und ihrer Ausrichtung zur Sonne ab. Da für die meisten Privatpersonen ihr eigenes Hausdach die einzige verfügbare Fläche zur Errichtung einer Solaranlage ist, ist die Firstausrichtung und Dachneigung maßgeblich für den Ertrag.

Die bestmögliche Nutzung der Sonnenenergie erfordert eine nach Süden weisende Fläche mit, die möglichst senkrecht zur Sonneneinstrahlung geneigt ist. Ideal

sind Flachdächer, auf denen die Module in optimaler Weise ausgerichtet werden können.

Im Vergleich zu einer Anlage mit exakter Südausrichtung und einer Neigung von 35° verringert sich der Ertrag bei einer Dachneigung von 45° bereits auf ca. 95 Prozent. Bei einer Westausrichtung und 45 Grad Dachneigung verbleiben nur noch rund 75 Prozent, was eine rentable Nutzung deutlich erschwert.

Verringert man die Dachneigung auf nur noch 30°, so verbleiben selbst bei einer Westausrichtung noch über 80 Prozent des Ertrags.

Dieser Vergleich zeigt eindeutig, dass die aktuellen Festlegungen in den Telgter Baugebungsplänen

und Gestaltungsatzungen eine rentable Nutzung der Sonnenenergie durch Photovoltaik oft nicht erlauben. Eine möglichst weitgehende Nord-Süd-Ausrichtung der

Dachfirste oder eine teilweise deutliche Verringerung der Dachneigung wäre ein wichtiger Beitrag zur Energiewende und zum Kampf gegen den Klimawandel.

p.s.

Prozentanteil vom maximal möglichen Ertrag in Abhängigkeit der Ausrichtung und der Dachneigung

Dachneigung		Ausrichtung (Abweichung in Grad von Süden)																		
		Süd		Südöst SüdWest							Ost West		NordOst NordWest				Nord			
		0	10	20	30	40	50	60	70	80	90	100	110	120	130	140	150	160	170	180
0°	91%	91%	91%	91%	91%	91%	91%	91%	91%	91%	91%	91%	91%	91%	91%	91%	91%	91%	91%	91%
10°	93%	93%	93%	93%	93%	93%	93%	93%	93%	93%	93%	93%	93%	93%	93%	93%	93%	93%	93%	93%
20°	97%	97%	97%	96%	95%	94%	93%	92%	91%	90%	89%	88%	87%	86%	85%	84%	83%	82%	81%	80%
30°	100%	99%	99%	97%	96%	95%	94%	93%	92%	91%	90%	89%	88%	87%	86%	85%	84%	83%	82%	81%
40°	100%	99%	99%	97%	95%	93%	91%	89%	87%	85%	83%	81%	79%	77%	75%	73%	71%	69%	67%	65%
50°	98%	97%	96%	94%	91%	88%	85%	82%	79%	76%	73%	70%	67%	64%	61%	58%	55%	52%	49%	46%
60°	94%	93%	92%	90%	87%	84%	81%	78%	75%	72%	69%	66%	63%	60%	57%	54%	51%	48%	45%	42%
70°	88%	87%	86%	85%	82%	79%	76%	73%	70%	67%	64%	61%	58%	55%	52%	49%	46%	43%	40%	37%
80°	80%	79%	78%	77%	75%	72%	68%	65%	61%	58%	55%	52%	49%	46%	43%	40%	37%	34%	31%	28%
90°	69%	69%	69%	67%	65%	63%	60%	56%	53%	50%	47%	44%	40%	37%	34%	31%	27%	24%	21%	18%

ZWEIRAD ROSS
WWW.ZWEIRAD-ROSS.DE
Schürenstraße 7-9 • Sassenberg • Telefon: 02583/1005

NEU IM PROGRAMM

KTM BIKE INDUSTRIES

MACINA CITY
Modelle 2018 eingetroffen

STEVENS Gazelle
KOGA KALKHOFF
SPARTA GUDEREIT

Gute Räder - Grosse Auswahl